

# Informationsbrief

## November 2012

### Inhalt

1. Sonderausgaben 2012
  - I. Unbegrenzt abziehbare Sonderausgaben
  - II. Begrenzt abziehbare Sonderausgaben
2. Nur noch zertifizierte Übertragung von Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Lohnsteuer-Anmeldungen ab 2013
3. Elektronischer Abruf der Lohnsteuer-abzugsmerkmale (ELStAM) ab 2013
4. Weitere Informationen

### 1. Sonderausgaben 2012

Bestimmte Aufwendungen, die weder Betriebsausgaben noch Werbungskosten bei den einzelnen Einkunftsarten sind, können als Sonderausgaben vom Gesamtbetrag der Einkünfte abgezogen werden. Sie können zum Teil unbegrenzt, meistens jedoch nur begrenzt geltend gemacht werden (siehe I. + II.).

Sonderausgaben, die für das Kalenderjahr 2012 berücksichtigt werden sollen, sind bis spätestens **31. Dezember 2012** zu leisten.

Eine **Scheckzahlung** ist dann erfolgt, wenn der Scheck dem Empfänger übergeben bzw. bei der Post aufgegeben wird; bei einer **Überweisung** ist der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Bank den Überweisungsauftrag erhält.

#### I. Unbegrenzt abziehbare Sonderausgaben

**I.1 Versorgungsleistungen** (§ 10 Abs. 1 Nr. 1a EStG): Wiederkehrende Zahlungen, die auf besonderen Verpflichtungsgründen beruhen, können bei **ab 2008** geschlossenen Verträgen in voller Höhe als Sonderausgaben geltend gemacht werden; Leistungen im Zusammenhang mit einer vorweggenommenen Erbfolge sind nur begünstigt, wenn **Betriebsvermögen** oder ein mindestens 50%iger GmbH-Anteil übertragen wird.

**I.2 Kirchensteuern, Kirchenbeiträge** (§ 10 Abs. 1 Nr. 4 EStG): Abzugsfähig sind die im Kalenderjahr 2012 gezahlten Kirchensteuern bzw. entsprechenden Beiträge abzüglich etwaiger Erstattungen. Für welches Kalenderjahr die Kirchensteuer geleistet wird, ist ohne Bedeutung, da es allein auf den Zahlungszeitpunkt ankommt.

Ein Sonderausgabenabzug kommt jedoch **nicht** in Betracht für Kirchensteuer, die auf die seit 2009 geltende Abgeltungsteuer für private Kapitalerträge erhoben wurde.

## II. Begrenzt abziehbare Sonderausgaben

**II.1 Unterhaltsleistungen** (§ 10 Abs. 1 Nr. 1 EStG): Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd **getrennt lebenden Ehegatten**, der im Inland seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, können auf Antrag bis zu **13.805 Euro** – ggf. erhöht um für den Ehegatten geleistete Beiträge zur Kranken- / Pflegeversicherung – abgezogen werden. Voraussetzung ist, dass der Empfänger der Unterhaltsleistungen dem Antrag zustimmt, weil als Folge des Abzugs beim Zahlenden eine Versteuerung beim Empfänger vorgenommen wird. Die Zustimmung gilt für den jeweiligen Veranlagungszeitraum und für zukünftige Jahre; sie kann nur vor Beginn eines Jahres zurückgenommen werden.

**II.2 Kinderbetreuungskosten** (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 EStG): Aufwendungen für Dienstleistungen zur Betreuung von Kindern (z. B. durch Kindergarten, Kinderhort, Tagesmutter oder Au-pairs) können als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Begünstigt sind 2/3 der auf die Betreuung entfallenden Kosten, höchstens **4.000,00 Euro** pro Kind jährlich; es muss eine **Rechnung**, ein Dienst- bzw. Arbeitsvertrag, Gebührenbescheid etc. vorliegen und die Zahlung muss auf das **Konto** des Erbringers der Leistung erfolgen. Berücksichtigt werden Kinder bis zur Vollendung des **14. Lebensjahres** und ältere Kinder, wenn diese wegen einer vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetretenen körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten.

**II.3 Berufsausbildungskosten** (§ 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG): Aufwendungen für die **erstmalige** Berufsausbildung bzw. für ein **Erststudium** (Fahrtkosten, Lernmittel, Studiengebühren usw.) können zurzeit lediglich bis zu einer Höhe von **6.000 Euro** (bei Zusammenveranlagung für jeden Ehegatten) jährlich geltend gemacht werden. Ein (unbeschränkter) Werbungskostenabzug für eine erstmalige Ausbildung ist nach derzeitigem Recht nur bei Maßnahmen im Rahmen eines (Ausbildungs-)Dienstverhältnisses möglich.

**II.4 Schulgeld** (§ 10 Abs. 1 Nr. 9 EStG): **30 %** des Schulgeldes für die schulische Ausbildung der eigenen Kinder in anerkannten (Privat-)Schulen in EU-/EWR-Staaten und in Deutschen Auslandsschulen bis zu einem Höchstbetrag von **5.000 Euro** je Kind und Elternpaar können als Sonderausgaben abgezogen werden; Aufwendungen für die Beherbergung, Betreuung und Verpflegung sind allerdings nicht begünstigt.

**II.5 Zuwendungen zur Förderung steuerbegünstigter Zwecke** (§ 10b Abs. 1 EStG): **Spenden** an gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Institutionen in EU-/EWR-Staaten können bis zur Höhe von **20 % des Gesamtbetrags der Einkünfte** oder 4 % der Summe aus Umsätzen sowie Löhnen und Gehältern als Sonderausgaben abgezogen werden. Begünstigt sind auch **Mitgliedsbeiträge** an Einrichtungen, wenn diese **nicht** den Sport, die Heimatkunde, die Tierzucht oder sonstige Freizeitgestaltungen fördern. Zuwendungen, die diese Grenzen übersteigen, können im Rahmen der Höchstbeträge in den Folgejahren geltend gemacht werden.

Spenden in den Vermögensstock einer begünstigten **Stiftung** können darüber hinaus bis zu einem Gesamtbetrag von **1 Mio. Euro** innerhalb eines Zehnjahreszeitraums abgezogen werden (siehe § 10b Abs. 1a EStG).

Voraussetzung für den Sonderausgabenabzug ist die Vorlage einer **Zuwendungsbestätigung**. Bei „**Kleinspenden**“ bis zu **200 Euro** oder bei Spenden für Katastrophenfälle reicht i. d. R. ein Einzahlungs- oder Überweisungsbeleg aus. Bei **Direktspenden** z. B. an Sportvereine muss der Überweisungsträger etc. einen Hinweis auf den Zweck der Spende enthalten (§ 50 Abs. 2 EStDV).

**II.6 Mitgliedsbeiträge und Spenden an politische Parteien** (§ 34g EStG, § 10b Abs. 2 EStG): Zuwendungen an politische Parteien werden mit **50 %** der Ausgaben direkt von der Einkommensteuer abgezogen; dies gilt jedoch nur für Zuwendungen bis zu 1.650 Euro (bei Ehegatten: 3.300 Euro) im Kalenderjahr. Darüber hinausgehende Beträge können wiederum bis höchstens 1.650 Euro (bei Ehegatten: 3.300 Euro) als Sonderausgaben geltend gemacht werden. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden an unabhängige **Wählervereinigungen** gilt ein entsprechender Abzug von der Einkommensteuer; ein Sonderausgabenabzug für darüber hinausgehende Beträge ist hier allerdings ausgeschlossen.

## II.7 Abzug von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben 2012

Art der Beiträge	Höchst möglicher Abzug <sup>2</sup>
<b>A. Altersversorgung</b>	
<p>1. <b>Gesetzliche Rentenversicherung</b>, berufsständische <b>Versorgungseinrichtungen</b>, landwirtschaftliche Alterskassen</p> <p>2. Beiträge zu einer nach 2004 abgeschlossenen privaten <b>Leibrentenversicherung</b><sup>1</sup> (sog. <b>Basisrente</b>)</p>	<p>Die gezahlten Beiträge (Arbeitnehmer- <b>und</b> Arbeitgeberanteile bzw. -zuschüsse) sind bis zur Höhe von 20.000,00 € (Ehegatten 40.000,00 €) in 2012 mit <b>74 %</b><sup>3</sup> anzusetzen; es ergeben sich folgende Höchstbeträge:</p> <p style="text-align: center;"><b>Alleinstehende: 14.800 €      Ehegatten: 29.600 €</b></p> <p>Diese so ermittelte Beitragssumme ist zu <b>kürzen</b> um steuerfreie Arbeitgeberanteile und -zuschüsse etc.<sup>4</sup></p>
<p>3. <b>Private</b> Altersvorsorge (sog. Riester-Rente)</p>	<p><b>Zusätzlicher</b> Sonderausgaben-Höchstbetrag: <b>2.100 €</b> jährlich, falls dieser günstiger ist als die Altersvorsorgezulage (§ 10a EStG).</p> <p>Ehegatten erhalten jeweils den Höchstbetrag, wenn ein Vorsorgevertrag auf den eigenen Namen besteht.</p>
<b>B. Sonst. Vorsorgeaufwendungen</b>	
<p>1. Gesetzliche und private <b>Basiskrankensversicherung</b>,<sup>5</sup> <b>Pflegeversicherung</b> (sog. <b>Basisversorgung</b>)</p>	<p><b>Unbegrenzter Abzug<sup>6</sup></b></p>
<p>2. Zusätzlich <b>weitere</b> sonstige Vorsorgeaufwendungen soweit die Beiträge zur Basisversorgung [B.1] die rechts stehenden Höchstbeträge <b>unterschreiten</b>:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Kranken- und Pflegeversicherung</b> (soweit nicht nach B.1 berücksichtigt; z. B. private Zusatzversicherungen; Beitragsanteil [4 %] für Krankengeld)</li> <li>• <b>Arbeitslosenversicherung</b></li> <li>• <b>Erwerbs-/Berufsunfähigkeitsversicherung</b></li> <li>• <b>Unfall-/Haftpflichtversicherung; Risiko-Lebensversicherung</b></li> <li>• Bis <b>Ende 2004</b> abgeschlossene <b>Kapital-Lebensversicherung</b> (zu 88 %); <b>Rentenversicherung mit Kapitalwahlrecht</b> (zu 88 %); <b>Rentenversicherung ohne Kapitalwahlrecht</b></li> </ul>	<div style="display: flex; justify-content: space-around;"> <div style="border: 1px solid gray; padding: 5px; width: 45%;"> <p>Steuerpflichtige mit Anspruch auf steuerfreie (Arbeitgeber-) <b>Zuschüsse</b> etc. (z. B. Arbeitnehmer):</p> <p style="text-align: center;"><b>1.900 €</b></p> <p>Steuerfreie <b>Arbeitgeberanteile</b> bzw. -zuschüsse werden <b>nicht</b> berücksichtigt.</p> </div> <div style="border: 1px solid gray; padding: 5px; width: 45%;"> <p>Steuerpflichtige, die Beiträge <b>alleine</b> tragen (z. B. Selbständige):</p> <p style="text-align: center;"><b>2.800 €</b></p> </div> </div> <p>Bei <b>Ehegatten</b> ergibt sich der Höchstbetrag aus der Summe der jedem Ehegatten jeweils zustehenden Höchstbeträge.</p>

1 Begünstigt sind Verträge, die **nur** die Zahlung einer **monatlichen (Leib-)Rente** frühestens ab dem 60. Lebensjahr vorsehen. Berücksichtigt werden können darin aber auch Beiträge zur Absicherung der Berufsunfähigkeit, Erwerbsminderung oder von Hinterbliebenen (nur Ehegatten und Kinder); siehe hierzu auch BMF-Schreiben vom 13. September 2010 – IV C 3 – S 2222/09/10041 (BStBl 2010 I S. 681), Rz. 14 ff. Die Ansprüche aus dem Altersvorsorgevertrag dürfen **nicht** vererblich, übertragbar, veräußerbar oder kapitalisierbar sein, d. h. nicht in einem Betrag ausgezahlt werden.

2 Zu beachten ist, dass bis zum Jahr 2019 zu prüfen ist, ob der Abzug von Vorsorgeaufwendungen nach den bis Ende 2004 geltenden Regelungen günstiger ist (sog. **Günstigerprüfung**; vgl. § 10 Abs. 4a EStG). Das kann insbesondere bei Selbständigen der Fall sein, die ihre Altersversorgung überwiegend mit (alten) Kapitalversicherungen bestreiten.

3 Dieser Prozentsatz erhöht sich bis zum Jahr 2025 jährlich um 2 Prozentpunkte bis auf 100 % (vgl. § 10 Abs. 3 Satz 6 EStG).

4 Bei **nicht rentenversicherungspflichtigen** Personen, wie z. B. bei Vorstandsmitgliedern einer AG, Beamten, Abgeordneten, Richtern oder Soldaten, **vermindert** sich der Höchstbetrag von 20.000 € bzw. 40.000 € (§ 10 Abs. 3 Satz 1 und 2 EStG) um einen entsprechenden fiktiven Gesamtbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung; dies gilt auch für nicht rentenversicherungspflichtige **GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer** mit **Pensionsanspruch** gegenüber ihrer Gesellschaft (§ 10 Abs. 3 Satz 3 EStG):

5 In Betracht kommen Beiträge für eine **Basisversorgung** (auch für Kinder und Ehegatten) – ohne Berücksichtigung von Zusatzleistungen und ohne steuerfreie Arbeitgeberzuschüsse (siehe § 10 Abs. 1 Nr. 3 Satz 3 EStG).

6 In diesem Fall ist eine Berücksichtigung von anderen sonstigen Vorsorgeaufwendungen (siehe dazu unter B.2) **nicht** möglich, wenn die Beiträge zu B.1 die unter B.2 genannten Höchstbeträge überschreiten.

## **2. Nur noch zertifizierte Übertragung von Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Lohnsteuer-Anmeldungen ab 2013**

Ab dem 01. Januar 2013 können die Umsatzsteuer-Voranmeldung, der Antrag auf Dauerfristverlängerung mit Anmeldung der Sondervorauszahlung und die Lohnsteuer-Anmeldung nur noch mit elektronischem Zertifikat übermittelt werden. Gegebenenfalls ist daher eine Registrierung im ElsterOnline-Portal und die Beantragung eines entsprechenden Zertifikats erforderlich.

## **3. Elektronischer Abruf der Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) ab 2013**

Die Merkmale der Lohnsteuerkarte 2010 galten für den Lohnsteuerabzug 2011 und 2012 weiter, weil sich die Einführung des elektronischen Verfahrens verzögert hatte. Ab 2013 steht nun das Verfahren zum Abruf der elektronischen Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) zur Verfügung. Die Arbeitgeber brauchen das Verfahren jedoch noch nicht im Januar anzuwenden; sie können für einen Einführungszeitraum weiterhin den Lohnsteuerabzug nach der letzten Lohnsteuerkarte/-bescheinigung vornehmen (Hierfür hat der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber zu bestätigen, dass die bisherigen Abzugsmerkmale weiterhin zutreffend sind).

Die Umstellung auf das ELStAM-Verfahren muss allerdings regelmäßig bis zum letzten Lohnzahlungszeitraum im Kalenderjahr 2013 vollzogen werden.

Der Arbeitgeber soll dem Arbeitnehmer den Zeitpunkt für die erstmalige Anwendung der ELStAM zeitnah mitteilen, damit dieser ggf. rechtzeitig einen Lohnsteuerfreibetrag für 2013 beantragen kann.

Alle erforderlichen Vorgänge werden regelmäßig durch die eingesetzte Lohnabrechnungs-Software erledigt. Das schon bisher für die Übermittlung der elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen an die Finanzverwaltung erforderliche Zertifikat kann auch für das ELStAM-Verfahren verwendet werden, sodass insoweit nichts vorzubereiten ist. Da für die Anmeldung und den elektronischen Abruf der Daten von Arbeitnehmern zukünftig neben dem Geburtsdatum auch dessen Steuer-IdNr. erforderlich sein wird, ist – insbesondere auch bei Neueinstellungen – darauf zu achten, dass die Steuer-IdNr. Vorliegt und für das ELStAM-Verfahren zur Verfügung steht.

## **4. Weitere Informationen**

Bei den vorstehenden Ausführungen handelt es sich um nicht abschließende Informationen und ersetzt keine Beratung.

Gerne beraten wir Sie zu diesen und anderen Themen. Bitte vereinbaren Sie bei Interesse einen Besprechungstermin.

Thomas Artmann  
Steuerberater